

Die Beziehungen zwischen Krieg und Wirtschaft in ihren historischen Wandlungen

ZUSAMMENFASSENDE BERICHT

über die

Inaugural-Dissertation

**zur Erlangung der Würde eines
Doktors der Staatswissenschaften
der Philosophischen Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität
zu Erlangen**

vorgelegt von

Diplom-Volkswirt

Hans-Georg Fernau

aus

Hoheneiche bei Eschwege

Tag der mündlichen Prüfung: 29. November 1955

Dekan: Universitätsprofessor Dr. Heinz-Otto Burger
Referent: Universitätsprofessor Dr. Dr. Ernst Meier
Korreferent: Universitätsprofessor Dr. Rudolf Stucken

Die Beziehungen zwischen Krieg und Wirtschaft in ihren historischen Wandlungen

ZUSAMMENFASSENDE BERICHT

über die

Inaugural-Dissertation

**zur Erlangung der Würde eines
Doktors der Staatswissenschaften
der Philosophischen Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität
zu Erlangen**

vorgelegt von
Diplom-Volkswirt
Hans-Georg Fernau
aus
Hoheneiche bei Eschwege

Tag der mündlichen Prüfung: 29. November 1955

INHALTSVERZEICHNIS:

	Seite
I. Teil	
Die Wandlungen in den Beziehungen zwischen Wirtschaft und Kriegführung in der Zeit vom Mittel- alter bis zum Ersten Weltkrieg.	3 – 9
1. Abschnitt: Vom Nebeneinander zur Einheit von Kriegführung und Wirtschaft.	3 – 5
2. Abschnitt: Trennung von Krieg und Wirtschaft im Zeitalter der partiellen Kriege.	5 – 9
II. Teil	
Vom Zwang staatlicher Eingriffe zur staatlichen Zwangswirtschaft im Zeitalter der totalen Kriege.	10 – 24
1. Abschnitt: Der Erste Weltkrieg.	10 – 15
2. Abschnitt: Intensivierung der wirtschaftlichen Mobilmachungs- vorbereitungen nach dem Ersten Weltkrieg.	16 – 20
3. Abschnitt: Die deutsche Kriegswirtschaft im Zweiten Weltkrieg.	21 – 24

Seitenzahl des Originalmanuskriptes der Dissertation:
438 Schreibmaschinenseiten.



Erster Teil

Die Wandlungen in den Beziehungen zwischen Wirtschaft und Kriegführung in der Zeit vom Mittelalter bis zum Ersten Weltkrieg

Erster Abschnitt

Vom Nebeneinander zur Einheit von Kriegführung und Wirtschaft

Die Grundtendenz der mittelalterlichen Kriegführung war vorwiegend naturwirtschaftlich. Das verhältnismäßig primitive Kriegsmaterial — Hieb- und Stoßwaffen, Rüstungen und Belagerungsgerät — wurde zunächst in den Hauswirtschaften selbst hergestellt. Die Materialbeschaffung und Herstellung bereitete keine Schwierigkeiten. Mit steigendem Bedarf entstand dann das Handwerk der Waffenschmiede. Von einer Entwicklung neuer Waffen, die den herkömmlichen Rahmen der Waffenproduktion gesprengt haben würde und damit — außer für die Kriegführung — von Bedeutung für die damalige Wirtschaft gewesen wäre, kann bis zur Einführung der Feuerwaffen nicht gesprochen werden.

Die Angehörigen des privilegierten Kriegerstandes — die Ritter — mußten ihren Bedarf an Waffen und Ausrüstungsgegenständen für sich und ihr Gefolge selbst aufbringen. Diese Art der Aufbringung wurde möglich gemacht durch die Verleihung von Grundbesitz an die Ritter, woraus sie ihren Kriegs- und Friedensbedarf zu bestreiten hatten. Die Verpflegung während der Feldzüge wurde aus den mit Krieg überzogenen Gebieten genommen. Der Krieg mußte den Krieg ernähren.

Auch im Mittelalter wurden um wirtschaftlicher Vorteile willen Kriege geführt. Vor allem waren es die Kriege der Hanse, die rein wirtschaftliche Ursachen hatten und rein wirtschaftlichen Zielen dienten. Bei der Verteidigung ihrer Interessen bediente sich die Hanse nicht nur der Waffen, sondern auch wirtschaftlicher Kampfmittel. So führte der Hansebund um die Mitte des 14. Jahrhunderts einen regelrechten Blockadekrieg gegen Dänemark und Norwegen. Auch gegen England ging die Hanse mit einem wirtschaftlichen Kampfmittel vor, indem sie im Jahre 1470 über England eine Handelssperre verhängte.

Ein wirtschaftliches Kampfmittel, das im Mittelalter oft Anwendung fand, war die Aushungerung. Manche belagerte Stadt oder Burg wurde nicht durch die Waffen des Belagerers, sondern durch Aushungern bezwungen. So wurde also schon damals dieses wirtschaftliche Kampfmittel stets dann eingesetzt, wenn der Waffeneinsatz nicht genügte, um das Kriegsziel zu erreichen. Um einer Aushungerung zu begegnen, legten die Städte Kornspeicher an, aus denen die Bürger während einer Belagerung versorgt wurden. Diese Vorratspolitik hatte oft große Erfolge, denn manche Belagerung mußte abgebrochen

werden, weil nicht die Belagerten, sondern die Belagerer Mangel litten. Die Städte verfügten auch über Zeughäuser, in denen große Mengen von Waffen aller Art bereitgehalten wurden. So gaben bereits im Mittelalter die Städte ein gutes Beispiel wirtschaftlicher Kriegsvorsorge.

Die Einführung der Feuerwaffen im 14. und 15. Jahrhundert änderte die Kriegführung grundlegend. Sie erzwangen ein neues Wehrsystem und eine neue Kampftechnik. Die Rüstungen der Ritter gewährten keinen ausreichenden Schutz mehr gegen Feldschlangen und Musketen. Während die alten Hieb- und Stichwaffen nur einen Kampf Mann gegen Mann zugelassen hatten, wirkten die neuen Feuerwaffen auf Entfernung und in die Breite. Die Ritterheere wurden zu schwach und mußten allmählich durch stärkere Verbände ersetzt werden. Der Adel verlor seine bevorzugte Stellung als Kriegerstand, denn das mit Feuerwaffen ausgerüstete Fußvolk wurde nun statt der Reiterei der Kern der Heere. An die Stelle des feudalen Heerwesens trat das handwerksmäßige, d. h., der Krieg wurde nun hauptsächlich von Söldnern geführt.

Der Staat, sichtbar in der Person des Herrschers, überließ nun die Aufstellung und Organisation von Truppen privaten 'Kriegsunternehmern' und ihren Söldnern, die er im Bedarfsfalle für seine Kriegszwecke mietete. Die Söldner verlangten ihre Bezahlung in Geld, für die Kriegsziele des Herrschers zeigten sie keinerlei Interesse. Nicht selten wurden die deutschen Kaiser und Reichsfürsten von den schlecht bezahlten Landsknechten im Stich gelassen.

Unter diesen veränderten Verhältnissen entstand im späten Mittelalter und zu Beginn der Neuzeit eine Spannung zwischen den erhöhten Anforderungen der Kriegführung und den wirtschaftlichen Möglichkeiten dieser Epoche. Sowohl die Beschaffung der Waffen als auch die Soldzahlungen ließen nunmehr vor allem einen erheblichen Bedarf an finanziellen Mitteln entstehen. Der Übergang von der naturalwirtschaftlichen zur geldwirtschaftlichen Kriegführung war erfolgt. Da die Wirtschaft aber noch fast ausschließlich naturalwirtschaftliche Züge aufwies, war es für die Herrscher meistens unmöglich, das erforderliche Geld aufzubringen, denn soviel Geld, wie die Heere jetzt forderten, konnte kaum ein Herrscher aus seinem Lande herausholen. Der Krieg zerrüttete die Finanzen der stärksten Länder.

Um die Mitte des 17. Jahrhunderts bemächtigten sich die Landesfürsten wieder der Wehrhoheit, die ihnen im späten Mittelalter aus den Händen gegliitten war und die dann die Söldnerführer an sich gerissen hatten. Aus den sich an den Meistbietenden verkaufenden Söldnerhaufen entstanden straff organisierte und disziplinierte territorialstaatliche Streitkräfte, die auch im Frieden unter Waffen gehalten und zu einem Bestandteil des Staates wurden. Die Einführung der stehenden Staatsheere band Wirtschaft und Kriegführung noch enger aneinander.

Die Stärke der Heere wuchs rasch. Mit der zahlenmäßigen Stärke nahm auch der Bedarf an Waffen, Ausrüstungsgegenständen und sonstigem Kriegsmaterial zu. Noch die Landsknechte hatten sich ihre Bekleidung und meistens auch ihre Handwaffen selbst besorgen müssen. Nun ging die Beschaffung völlig in die Hände des Staates über, desgleichen der laufende Unterhalt der Truppen.

Die sich auf Grund der politischen Gesamtkonstellation jener Zeit ergebende Notwendigkeit, die Heere ständig kriegsbereit zu halten, stellte nicht nur an das Finanzwesen, sondern auch an Gewerbe und Landwirtschaft ganz neue Anforderungen, denn es mußten ständig große Mengen an Waffen, Ausrüstungsgegenständen, Uniformen und Lebensmitteln bereitgehalten werden. Beiden Anforderungen, der finanziellen und der güterwirtschaftlichen, stand aber eine Wirtschaft gegenüber, deren Struktur noch immer vornehmlich naturalwirtschaftlich war und deren gewerbliche Produktion relativ primitive Formen zeigte. Es kam also darauf an, die Wirtschaft zu entwickeln, wobei sich der Staat eines Systems staatlicher Wirtschaftslenkung bedienen zu müssen glaubte. Das hieraus entstandene merkantilistische System entsprach durchaus der mit starrer Orthodoxie vertretenen absolutistischen Lehre, wonach jede Tätigkeit der Förderung des Staatswohles zu dienen habe.

Wie gesagt, war die merkantilistische Wirtschaftspolitik stark an den Notwendigkeiten der Kriegführung ausgerichtet. Eine lebens- und leistungsfähige Wirtschaft sollte militärischer und damit staatlicher Machtentfaltung dienen. Colbert war der Auffassung, daß der Handel die Quelle der Finanzen bilde und die Finanzen der Lebensnerv des Krieges seien.

In der gleichen Weise wie die Wirtschaft der Kriegspolitik diene, bestimmte die Rücksichtnahme auf die knappen wirtschaftlichen Mittel wesentlich die Strategie der damaligen Zeit mit ihrem Bestreben, Entscheidungsschlachten nach Möglichkeit zu vermeiden und das Heer als kostbares Instrument der Macht weitgehend zu schonen. Aus der Durchführung vieler Feldzüge dieser an kriegesischen Ereignissen reichen Epoche ist ein nicht zuletzt auf der Sorge um die wirtschaftlichen Grundlagen beruhendes Zusammenklingen von operativem und wirtschaftlichem Denken zu erkennen. Burkheiser weist darauf hin, daß entsprechend dieser Abhängigkeit Krieg und Wirtschaft sowohl in der merkantilistischen Staatspraxis als auch in der merkantilistischen Staatslehre eine Einheit bilden.¹⁾

Zweiter Abschnitt

Trennung von Krieg und Wirtschaft im Zeitalter der partiellen Kriege

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts lockerten sich mit der Auflösung der Einheit von Staat und Wirtschaft auch die engen Bindungen zwischen Kriegführung und Wirtschaftsleben.

¹⁾ Burkheiser, K.: Finanzierung des totalen Krieges, Berlin 1941, S. 7.

Die durch die französische Revolution eingeleiteten sozialen Umwälzungen und der im beginnenden Zeitalter der Erfindungen einsetzende gewaltige technische und wirtschaftliche Fortschritt brachten eine Schicht von tatkräftigen und gebildeten Unternehmern hervor, die sich ihrer wirtschaftlichen Fähigkeiten wohl bewußt waren und danach strebten, die staatliche Bevormundung abzuschütteln. Mit dem Gefühl, wirtschaftliche Macht zu besitzen, wuchs auch ihr politisches Selbstbewußtsein. Die Lehren der Klassiker fielen auf fruchtbaren Boden. Das ‚Laissez-faire‘ wurde zum herrschenden Grundprinzip, die Ära des Liberalismus begann.

Mit der Trennung von Staat und Wirtschaft fiel auch die Ausrichtung der gesamten Wirtschaftskraft auf die militärischen Erfordernisse der staatlichen Machtpolitik. Die Konzentration aller wirtschaftlichen Kräfte auf den Krieg hörte auf, die Regel zu sein. Die neu errungenen Freiheiten blieben auch jetzt im Kriege grundsätzlich erhalten.

Zwar gab es noch Vorgänge, die an die überwundene Epoche erinnerten — wie z. B. die Ausrichtung der französischen Wirtschaft auf die Erfordernisse der Kriegführung zur Zeit der Koalitionskriege — doch wurde die Entwicklung dadurch nicht beeinträchtigt. Schon nach den Befreiungskriegen ließ der technische und wirtschaftliche Fortschritt eine gründliche wirtschaftliche Vorbereitung auf kriegsartige Auseinandersetzungen überflüssig erscheinen. Die industrielle Revolution hatte die wirtschaftlichen Möglichkeiten derart erweitert und die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft in einem solchen Umfang gesteigert, daß sie in der Lage war, allen Anforderungen eines Krieges zu genügen. Da außerdem die Kriegstechnik nicht die gleichen stürmischen Entwicklungstendenzen zeigte wie die allgemeine Technik, bereitete es der Wirtschaft schon allein aus diesem Grunde keine Schwierigkeiten, den militärischen Bedarf zu decken.

Im Gegensatz zu den Kriegen des 18. Jahrhunderts hatten die Kriege seit 1815 entweder weitgehend peripheren oder kolonialen Charakter oder sie konnten lokalisiert werden. Das wirtschaftliche und finanzielle Moment trat sowohl bei den peripheren als auch bei den kolonialen Kriegen nicht so sehr in Erscheinung, weil die jeweils beteiligten Großmächte nicht ihre ganze Wirtschaftskraft für unterentwickelte oder koloniale Gebiete in die Waagschale werfen wollten und auch nicht zu werfen brauchten. Der sich aus den lokalen Auseinandersetzungen ergebende Bedarf konnte von den hoch bzw. gut entwickelten Wirtschaften der beteiligten Staaten ohne größere Schwierigkeiten gedeckt werden.

Eine Ausnahme bildete der Sezessionskrieg (1861—1865), der als der größte Wirtschaftskrieg des 19. Jahrhunderts angesehen werden kann. Dieser Bürgerkrieg hatte seine eigentlichen Ursachen in den wirtschaftlichen und sozialen

Gegensätzen zwischen den Nord- und Südstaaten der USA und wurde unter rücksichtslosem Einsatz aller wirtschaftlichen Macht- und Kampfmittel geführt und entschieden.

Den Übergang zu einer neuen Epoche, der Epoche des Materialkrieges, leitete der russisch-japanische Krieg 1904/05 ein. In dieser Auseinandersetzung zeigten sich die Anfänge des Stellungskrieges, verbunden mit einem erhöhten Materialeinsatz und Materialverbrauch. Besonders der Munitionsverbrauch war überraschend hoch.

Allgemein kann für die Zeit von den Befreiungskriegen bis zum Ersten Weltkrieg festgestellt werden, daß die kriegerischen Auseinandersetzungen dieser Epoche — vom Sezessionskrieg und russisch-japanischen Krieg abgesehen — zu einer partiellen Erscheinung geworden waren, die der wirtschaftlichen Problematik entbehrte. Es hatte den Anschein, daß die jahrhundertalte Diskrepanz zwischen den Anforderungen der Kriegführung und der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft nunmehr überwunden sei.

So ist die Trennung von Kriegführung und Wirtschaft im 19. Jahrhundert sowohl aus der geistig-politischen Gesamttendenz als auch aus der technisch-wirtschaftlichen Entwicklung heraus zu verstehen, denn einerseits war das Prinzip des ‚Laissez-faire‘ und die Realisierung der Forderung von der Nichteinmischung des Staates in wirtschaftliche Angelegenheiten mit einer kriegswirtschaftlich bedingten Lenkung und Ausrichtung der Wirtschaft nicht zu vereinbaren, andererseits machte die technisch-wirtschaftliche Entwicklung und die mit ihr einhergehende Reichtumssteigerung die Sorge um die Deckung des Kriegsbedarfs überflüssig.

Wenn auch die Wissenschaft den kriegswirtschaftlichen Problemen wenig Beachtung schenkte, so hing das eng mit der allgemeinen Entwicklung und den Grundanschauungen der liberalen Epoche zusammen. Der technische und wirtschaftliche Fortschritt hatte auch in der Wissenschaft einen Optimismus entstehen lassen, der ein ‚goldenes Zeitalter‘ herannahen zu sehen glaubte, aus dem Kriege völlig verbannt werden könnten. Allerdings gab es auch Ausnahmen von der Regel. In **DEUTSCHLAND** warnten vor allem Voelcker²⁾, Fröhlich³⁾, Ballod⁴⁾ und Dix⁵⁾ vor einer Unterschätzung der Bedeutung der

²⁾ Voelcker: Die deutsche Volkswirtschaft im Kriegsfall, Leipzig 1909.

³⁾ Fröhlich: Die deutsche Volksernährung im Kriege, Aufsatz; zitiert bei: Hesse, K.: Der kriegswirtschaftliche Gedanke, Hamburg 1935.

⁴⁾ Zitiert bei Hesse, K., a. a. O.

⁵⁾ Dix, A.: Deutschlands wirtschaftliche Zukunft in Krieg und Frieden, in: Conrads Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, III. Folge, Band 40, Jena 1910; ferner: Wirtschaftskrieg und Kriegswirtschaft, Berlin 1920.

Wirtschaft in einem zukünftigen Krieg. Ein kommender Krieg werde für Deutschland eine neue wirtschaftliche Lage schaffen und eine wirtschaftliche Krise bedeuten. Daher müsse alles getan werden, um die materiellen Kräfte des eigenen Landes zu entwickeln (Voelcker). Fröhlich und Ballod sahen besonders die Ernährung Deutschlands im Falle eines Krieges als gefährdet an. Daneben verlangten Ritter von Renauld⁶⁾ und Riesser⁷⁾ eine gründliche finanzielle Kriegsvorbereitung. Auch verschiedene Militärschriftsteller — so vor allem die Generale von Blume⁸⁾ und von Bernhardi⁹⁾ — versuchten, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und maßgeblicher Kreise auf die Notwendigkeit wirtschaftlicher Kriegsvorbereitungen zu lenken.

Gleichzeitig wurde auch die Forderung nach Schaffung eines wirtschaftlichen Generalstabes erhoben. Hier ist es das Verdienst von Dix, erstmals das Problem einer zentralen Steuerung der wirtschaftlichen Rüstungspolitik des Reiches durch eine den Spitzenbehörden der Streitkräfte angegliederte wirtschaftliche Instanz aufgeworfen zu haben. An der Diskussion um die Schaffung eines wirtschaftlichen Generalstabes beteiligten sich auch General von Bernhardi und Generalfeldmarschall Freiherr von der Goltz, die beide den Aufbau einer solchen Institution befürworteten. Die bedeutendsten Verfechter der Idee eines wirtschaftlichen Generalstabes waren jedoch der Lübecker Senator Possehl und der sächsische Industrielle Kommerzienrat Leonhardt. Ihre Bemühungen um die Schaffung eines wirtschaftlichen Generalstabes gingen über rein theoretische Erörterungen hinaus. Beide versuchten sowohl den Reichskanzler von Bethmann-Hollweg als auch den Staatssekretär des Reichsamtes des Inneren von Delbrück für ihre Vorschläge zu gewinnen, doch ohne Erfolg. Das einzige greifbare Ergebnis war die im Dezember 1912 erfolgte Bildung einer ‚Ständigen Kommission für die wirtschaftlichen Mobilmachungsfragen‘, die jedoch in keiner Weise den Vorstellungen von einem wirtschaftlichen Generalstab entsprach und deren Arbeit auch keine nennenswerten praktischen Erfolge hatte.

Die Arbeiten von Voelcker, Fröhlich, Bernhardi und anderen sowie die Vorschläge von Dix, Possehl und Leonhardt konnten die Auffassung maßgeblicher Kreise, daß im Rahmen der Kriegsvorbereitungen wirtschaftliche Gesichtspunkte nur eine untergeordnete Rolle spielen, nicht grundlegend ändern. Auch die Bemühungen militärischer Stellen — so vor allem des Reichsmarineamtes unter Admiral von Tirpitz und des preußischen Kriegsministers General von

⁶⁾ Renauld, J., Ritter von: Die finanzielle Mobilmachung der deutschen Wehrkraft, Leipzig 1901.

⁷⁾ Riesser, J.: Finanzielle Kriegsbereitschaft und Kriegführung, Jena 1913.

⁸⁾ Blume, von, W.: Die Grundlage unserer Wehrkraft, Berlin 1889.

⁹⁾ Bernhardi, von, F.: Vom heutigen Kriege, Berlin 1912; ferner: Deutschland und der nächste Krieg, Stuttgart und Berlin 1911.

Einem — um eine systematische und umfassende wirtschaftliche Rüstungs- und Kriegsvorsorgepolitik blieben erfolglos, weil die Reichsregierung eine solche nicht für notwendig hielt.

So gründlich sich das Deutsche Reich militärisch auf den Kriegsfall vorbereitet hatte, so mangelhaft waren seine wirtschaftlichen Vorbereitungen. Es fehlte an Organisationsplänen für die Beschaffung und Verteilung kriegswichtiger Rohstoffe und Nahrungsmittel, an Maßnahmen für eine ausreichende Reservebildung und an Plänen für eine schnelle und umfassende Umstellung der Industrie von Friedens- auf Kriegsproduktion sowie für die Bereitstellung von Arbeitskräften und Umleitung derselben aus weniger wichtigen Wirtschaftszweigen in die Rüstungsindustrie. Das Deutsche Reich trat ohne Reserven an Getreide und anderen Lebensmitteln in den Ersten Weltkrieg ein. Nicht viel besser stand es um die Vorrathaltung an industriellen Rohstoffen. Schuld daran trugen die maßgeblichen politischen Stellen, die den Gedanken, ganz Deutschland könnte zu einer belagerten Riesenfestung werden, weit von sich wiesen und die außerdem davon überzeugt waren, daß ein moderner Krieg aus waffentechnischen und wirtschaftlichen Gründen nur ein paar Wochen, höchstens einige Monate dauern könne. Lediglich auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens und auf finanziellem Gebiet waren gründliche Vorbereitungen getroffen worden.

Die Tatsache, daß Deutschland nicht schon gleich in den ersten Kriegswochen mit größeren Rohstoff- und Ernährungsschwierigkeiten zu kämpfen hatte, ist darauf zurückzuführen, daß Deutschland mit einer reichen Wirtschaft in den Krieg eintrat. Die bei Kriegsbeginn vorhandenen Vorräte waren aber nicht das Ergebnis einer staatlichen wirtschaftlichen Kriegsvorsorge, sondern vielmehr unmittelbare Begleiterscheinungen des großen Reichtums der deutschen Volkswirtschaft. Die Vorräte der privaten Wirtschaft haben den Übergang von der Friedens- zur Kriegswirtschaft wesentlich erleichtert, denn ohne diese Vorräte wäre die Kriegswirtschaft von vorneherein zum Scheitern verurteilt gewesen. Als aber die Vorräte aufgebraucht waren, zeigten sich die Folgen der Unterlassungen der Vorkriegszeit in ihrer ganzen Schwere.

Auch in **GROSSBRITANNIEN** und **FRANKREICH** hatte man umfassende und zusammenhängende wirtschaftliche Kriegsvorbereitungen nicht für erforderlich gehalten. Wie in Deutschland, so waren sowohl in Großbritannien als auch in Frankreich nur die Eisenbahnen auf den Kriegseinsatz vorbereitet und finanzielle Kriegsvorsorgemaßnahmen getroffen worden.

Zweiter Teil

Vom Zwang staatlicher Eingriffe zur staatlichen Zwangswirtschaft im Zeitalter der totalen Kriege

Erster Abschnitt

Der Erste Weltkrieg

Der Erste Weltkrieg leitete einen grundlegenden Wandel in den Beziehungen zwischen Kriegführung und Wirtschaft ein. Die Epoche der lokalen, peripheren und kolonialen Kriege war vorüber. Die bewaffnete Auseinandersetzung nahm durch die Beteiligung aller damaligen Großmächte globale Ausmaße an.

Mobilisiert durch die allgemeine Wehrpflicht standen sich jetzt Millionenheere gegenüber, deren laufende Versorgung mit Waffen, Munition, Bekleidung, Ausrüstung und Verpflegung die Wirtschaft vor Aufgaben stellte, die nicht mehr durch einen partiellen, sondern nur noch durch einen totalen Einsatz der Wirtschaft zu lösen waren. Die Waffentechnik hatte aufgeholt und erforderte einen Materialeinsatz, der bis dahin kaum für möglich gehalten worden war. Der technische Fortschritt, bisher hauptsächlich im Dienste der Hebung des Lebensstandards, der Wohlstandsmehrung und eines steigenden Komforts stehend, zeigte, daß er mit der gleichen Intensität auch für Kriegszwecke nutzbar gemacht werden konnte. Der Material- und Versorgungsgüterverbrauch nahm schließlich derartige Dimensionen an, daß der militärische Einsatz erstmalig seit den Befreiungskriegen wieder an wirtschaftliche Grenzen stieß.

Die Heerführer sahen sich gezwungen, wirtschaftlichen Erwägungen und Gesichtspunkten in ihren operativen Absichten und Entschlüssen einen hervorragenden Platz einzuräumen. Der erste totale Krieg verlangte von den Heerführern neben operativem nun auch wieder wirtschaftliches Denken. Sie mußten wissen, was sie von der Wirtschaft erwarten und was sie ihr zumuten konnten.

Der Krieg wurde mit der ganzen Kraft der beteiligten Nationen geführt. Die wirtschaftlichen Entscheidungen und Maßnahmen traten gleichrangig neben die militärischen. Wirtschaft und Streitkräfte waren aufs engste miteinander verflochten und voneinander abhängig.

Die völlige Unzulänglichkeit der wirtschaftlichen, insbesondere der industriellen Rüstung des **DEUTSCHEN REICHES**, die den Anforderungen eines langen Krieges nicht gerecht zu werden vermochte, offenbarte sich schon recht bald. Zwar machten sich während des Vormarsches zu Beginn des Krieges noch keine ins Gewicht fallenden Materialschwierigkeiten bemerkbar, doch änderte sich nach der Marneschlacht die Situation grundlegend, als mit dem allmählichen Erstarren der Westfront dort der Stellungskrieg begann. Je länger der Krieg dauerte, um so stärker nahm er die Form eines Materialkrieges an, bei dem Wirtschaft und Technik eine kriegsentscheidende Bedeutung gewannen.

Zu den ersten kriegswirtschaftlichen Maßnahmen sah sich das Deutsche Reich schon bald nach Beginn der Kampfhandlungen gezwungen¹⁰⁾, als nämlich die Alliierten dazu übergingen, Deutschlands Einfuhrwege zu sperren. Eine Reihe von knappen Rohstoffen mußte zu ‚Sparstoffen‘ erklärt und ihre Verwendung Beschränkungen unterworfen werden. Darüber hinaus wurden vorläufig noch keine weiteren staatlichen Eingriffe von Bedeutung in die Wirtschaft vorgenommen. Die wirtschaftlichen Anstrengungen konzentrierten sich zunächst in der Hauptsache auf die Erweiterung der bestehenden Rüstungsbetriebe und die Umstellung der bisher Güter des zivilen Bedarfs produzierenden Industrie auf die Herstellung von Kriegsmaterial.

Im ersten Kriegswinter setzte sich immer stärker die Erkenntnis durch, daß der Krieg wesentlich länger dauern würde als man bisher angenommen hatte. So begann dann im Frühjahr 1915 die zweite Periode der Kriegswirtschaft. Die unregelmäßige Beschaffung, die zu erheblichen Reibungen und Preissteigerungen geführt hatte, wurde allmählich durch ein zentrales Beschaffungssystem abgelöst. Gleichzeitig setzte eine schärfere Rohstoffbewirtschaftung ein. Es wurden sorgfältig ausgearbeitete Versorgungspläne aufgestellt, die den Zweck hatten, einen Ausgleich zwischen Bedarf und Deckung herbeizuführen. Erfassung, Verteilung und Preisfestsetzung wurden zu amtlichen Funktionen. Im Januar 1915 wurde auch mit der Lebensmittelbewirtschaftung begonnen.

Die großen Materialschlachten im Frühjahr und Sommer 1916 ließen die personelle und materielle Unterlegenheit der Mittelmächte gegenüber ihren Feinden immer fühlbarer werden. Da im Gegensatz zu den Alliierten die Wehr- und Wirtschaftskraft Deutschlands und seiner Verbündeten begrenzt war, erschien ein Ausgleich, wenn überhaupt, nur durch verstärkten, ja totalen Einsatz aller Kräfte für Zwecke der Kriegführung und Kriegswirtschaft möglich. Die Mobilisierung aller Kräfte forderten dann auch H i n d e n b u r g und L u d e n d o r f f im sogenannten ‚Hindenburgprogramm‘. Sie verlangten eine erhebliche Steigerung der Produktion von Kriegsmaterial und, als eine der wichtigsten Voraussetzungen hierfür, eine einheitliche Leitung des gesamten Rüstungs- und militärischen Beschaffungswesens durch eine oberste Zentralbehörde. Am 1. November 1916 kam es dann zur Gründung des ‚Kriegsamtes‘, dem die „Leitung aller mit der Gesamtkriegführung zusammenhängenden Angelegenheiten der Beschaffung, Verwendung und Ernährung der Arbeiter sowie der Beschaffung von Rohstoffen, Waffen und Munition“¹¹⁾ übertragen wurde. Mit dem ‚Hindenburgprogramm‘ begann im Herbst 1916 die letzte Periode der Kriegswirtschaft. Sie führte zur planmäßigen Ausnutzung aller zur Verfügung stehenden wirt-

¹⁰⁾ Am 4. August 1914 wurden sechzehn kriegswirtschaftliche Gesetze vom Reichstag verabschiedet.

¹¹⁾ Diekmann, W.: Die Behördenorganisation in der deutschen Kriegswirtschaft 1914—1918, Hamburg 1937, S. 50.

schafflichen Kräfte, verbunden mit umfassenden und einschneidenden staatlichen Eingriffen in die gesamte Wirtschaft.

Trotz aller Anstrengungen war jedoch die wirtschaftliche Erschöpfung des Deutschen Reiches nicht mehr aufzuhalten, die schließlich entscheidend dazu beitrug, daß Deutschland im November 1918 die Waffen niederlegen mußte.

Nach den Ausweisen des Reichshaushaltes bezifferten sich die dem Deutschen Reich entstandenen unmittelbaren Kriegskosten auf 164,3 Milliarden Reichsmark¹²⁾, wovon 60% durch Krieganleihen, 34% durch schwebende Schulden und nur 6% durch Steuern gedeckt wurden¹³⁾.

Während Deutschland als belagerte Festung von vorneherein kriegswirtschaftlich benachteiligt war, standen der Kriegswirtschaft der **ALLIIERTEN** die wirtschaftlichen Hilfsquellen und Reserven fast der ganzen Erde uneingeschränkt zur Verfügung. Trotzdem sahen sich die Alliierten vor Schwierigkeiten gestellt, mit denen sie nicht gerechnet hatten und die schließlich staatliche Eingriffe in die Wirtschaft notwendig machten.

Als **GROSSBRITANNIEN** 1914 in den Krieg eintrat, stand es an der Spitze aller am Welthandel beteiligten Staaten und verfügte folglich über weltweite Handelsbeziehungen. Was das industrielle Verarbeitungsland brauchte — industrielle Rohstoffe und Nahrungsmittel — konnte aus dem Empire und den verbündeten bzw. neutralen Ländern in Übersee geholt werden. Die größte Handelsflotte der Erde stand zur Verfügung, um die Nahrungsmittel und Rohstoffe nach Großbritannien zu bringen, und die größte Kriegsflotte war bereit, die Nachschubwege zu sichern.

Es stellte sich aber bald heraus, daß alle diese Vorteile nicht ausreichten, um den Anforderungen eines modernen Krieges zu genügen. Die relativ kleine englische Rüstungsindustrie zeigte sich dem Sofortbedarf des Krieges nicht gewachsen. Da es im Frieden versäumt worden war, die gesamte englische Industrie auf den Kriegseinsatz vorzubereiten, traten erhebliche Schwierigkeiten in der Lieferung von Kriegsmaterial ein. Das Versäumte mußte unverzüglich nachgeholt werden, was nicht ohne große Zeit- und Reibungsverluste abging. Gleichzeitig mit der Umstellung der sonst Güter des zivilen Bedarfs produzierenden Betriebe auf die Herstellung von Kriegsmaterial wurde eine umfassende Organisation aufgebaut, die den Kriegseinsatz der gesamten Industrie zentral lenkte. Die zu diesem Zweck erlassenen Gesetze bedeuteten einen schweren Eingriff in die sonst jede Art von staatlicher Lenkung scharf ablehnende eng-

¹²⁾ Lotz, W.: Die deutsche Staatsfinanzwirtschaft im Kriege, Berlin 1927, S. 98.

¹³⁾ Knauf, R.: Die deutsche, englische und französische Kriegsfinanzierung, Leipzig 1923, S. 175.

liche Wirtschaft. Im Interesse der Nation unterwarf sich die Wirtschaft jedoch den einschneidenden Bestimmungen und zeigte im Verlauf des Krieges eine vorbildliche Disziplin.

Obwohl Großbritannien die Rohstoffe fast der ganzen Erde zur Verfügung standen und die Zufuhr aus den überseeischen Rohstoffgebieten nicht nachhaltig unterbunden werden konnte, sah es sich im Verlauf des Krieges doch gezwungen, Bewirtschaftungsmaßnahmen zu ergreifen. Die Bewirtschaftung war vor allem deswegen notwendig geworden, weil dem fast schrankenlosen Bedarf für die Streitkräfte eine Rohstoffmenge gegenüberstand, die sowohl durch die Produktionsmöglichkeiten als auch durch den nur beschränkt verfügbaren Schiffsraum begrenzt war. Es ließ sich daher nicht vermeiden, die Zufuhr der Rohstoffe und ihre Verwendung nach kriegswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu regeln.

Der Erste Weltkrieg kostete Großbritannien rund 7,4 Milliarden Pfund Sterling (148 Milliarden Mark)¹⁴⁾. Von Bedeutung war, daß Großbritannien 27,97% seiner Kriegsausgaben aus Steuermitteln deckte¹⁵⁾.

Durch den Verlust des größten Teiles seiner Rohstoff- und Industriegebiete befand sich **FRANKREICH** kriegswirtschaftlich von Anfang an in einer äußerst schwierigen Lage. Die Rohstoff- und Industriegebiete des Nordens und Ostens waren schon in den ersten Kriegswochen von den deutschen Truppen besetzt worden und blieben bis zum Waffenstillstand in deutscher Hand. Diese für die französische Kriegführung verhängnisvollen Verluste hätten wahrscheinlich zum baldigen militärischen Zusammenbruch geführt, wenn Frankreich nicht vom Auslande, vor allem von seinen Verbündeten, geholfen worden wäre. Die geographische Lage Frankreichs begünstigte die Auslandshilfe außerordentlich. Hier waren es vornehmlich die langen Seegrenzen Frankreichs, die eine Zufuhr aus allen Teilen der Erde möglich machten und die von Deutschland niemals hätten wirksam blockiert werden können.

Da die staatlichen und privaten Rüstungsbetriebe nicht in der Lage waren, den Kriegsmaterialbedarf zu decken, sah sich auch Frankreich gezwungen, seine gesamte noch verbliebene Industrie auf die Produktion von Rüstungsgütern umzustellen. In der gleichen Weise wie das Deutsche Reich und Großbritannien, nur erheblich früher (September 1914), baute Frankreich eine Organisation zur Lenkung der Kriegsmaterialproduktion auf. Besonders einschneidend waren die Maßnahmen zur Steigerung der Rüstungsproduktion. Die französische Regierung schritt zur Beschlagnahme der kleinen und für sich allein nicht leistungsfähigen Betriebe und stellte deren Anlagen den benachbarten größeren Unter-

¹⁴⁾ Bogart, E. L.: *Direct and Indirect Costs of the Great War*, New York 1920.

¹⁵⁾ Jessen, J.: *Art. Kriegsfinanzen*, in: *Handwörterbuch der Volkswirtschaft*, 4. Auflage, Berlin 1932.

nehmungen zur Verfügung. Auch die Arbeiter wurden in die größeren Betriebe überführt.

Die unmittelbaren Kriegskosten Frankreichs betrugen bis Ende 1918 insgesamt 144,774 Milliarden Franken (115,619 Milliarden Mark)¹⁶⁾. Die Kriegskosten wurden zu 43% durch Kriegsanleihen, zu 21% durch Auslandsanleihen und zu 36% durch schwebende Schulden gedeckt¹⁷⁾. Eine Deckung aus Steuermitteln fand nicht statt.

In den **VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA** führte das Fehlen kriegswirtschaftlicher Vorbereitungen sogar zu einem Zusammenbruch des Beschaffungswesens. Die USA mußten die bittere Erfahrung machen, daß ihre überaus günstige geographische Lage, ihr immenser Rohstoffreichtum und ihre hochentwickelte Industrie allein noch keine erfolgreiche Durchführung eines Waffen- und Wirtschaftskrieges garantieren, sondern daß es hierzu auch noch einer umfassenden kriegswirtschaftlichen Organisation bedarf.

Obwohl die kriegswirtschaftlichen Erfahrungen der anderen kriegführenden Mächte vorlagen, hatte das US-Kriegsministerium weder von dem eigenen Bedarf noch von der Leistungsfähigkeit der für Rüstungszwecke mobilisierbaren amerikanischen Industrie eine genügende Vorstellung. Die verschiedenen Beschaffungsstellen standen in schärfstem Wettbewerb miteinander und trieben die Preise hoch. Die regellöse Auftragsverteilung führte im Winter 1917/18 zu einem Verkehrschaos, vor allem in den Industriebezirken des Nordostens. Erst nach Monaten gelang es dem Kriegsministerium, Ordnung in das Beschaffungswesen zu bringen.

Es war vor allem die Umstellung von Friedens- auf Kriegsproduktion, durch die sich die Industrie vor große Schwierigkeiten gestellt sah. Während die amerikanische Industrie in der Lage war, Rohstoffe und solche Güter, deren Produktion keine Umstellung erforderlich machte, ohne Verzögerung in großen Mengen zu liefern — und die USA lieferten bereits seit 1914 große Mengen an Rohstoffen, Halbzeug und Lebensmitteln an die Alliierten — sah es bei den eigentlichen Rüstungsgütern — Waffen und Munition — wesentlich anders aus. Bis zum Tage des Waffenstillstandes waren die USA trotz ihrer großen industriellen Leistungsfähigkeit hinsichtlich der Ausstattung ihrer Streitkräfte mit Geschützen, Kampfwagen, Flugzeugen und Munition von ihren Verbündeten abhängig. Erst im Jahre 1919 wäre die enorme Leistungsfähigkeit der amerikanischen Industrie voll zur Geltung gekommen.

¹⁶⁾ Truchy, H.: Les Finances de Guerre de la France, Paris 1926, S. 139.

¹⁷⁾ Meier, E.: Art. Kriegswirtschaft, in: Handwörterbuch des Kaufmanns, 3. Band, Hamburg und Berlin 1926, S. 526.

Die unmittelbaren Kriegskosten der USA betrugen rund 22,6 Milliarden Dollar¹⁸⁾. Da sich die amerikanische Kriegsfinanzpolitik auf eine reiche Wirtschaft stützen konnte, bereitete die Aufbringung der Mittel keine größeren Schwierigkeiten.

Der **ERSTE WELTKRIEG** war — zumindest in seiner letzten Phase — der erste ‚totale‘ Krieg. Er konnte nicht mehr — wie die Kriege im 19. Jahrhundert — jenseits der Wirtschaft im partiellen Rahmen rein militärischer Entscheidungen geführt werden. Der in solchen Ausmaßen bisher für unmöglich gehaltene und alle Vorausberechnungen gegenstandslos machende Materialeinsatz und Materialverbrauch zeigte deutlich, daß die Industrialisierung die Abhängigkeit der Kriegführung von der Wirtschaft keineswegs aufgehoben, sondern sogar in entscheidender Weise verstärkt hatte. Neue Waffen wurden entwickelt, alte vervollkommenet, so daß die militärische Bedeutung von Technik und Wirtschaft weiter stieg. „Die wirtschaftliche Sicherung der Kriegführung ist . . . zum Gordischen Knoten der allgemeinen Wehrpolitik geworden“¹⁹⁾.

Die im Ersten Weltkrieg unter dem Druck der Verhältnisse notwendig gewordenen staatlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben wurden zum Ausgangspunkt einer wirtschaftspolitischen Entwicklung, die nach Kriegsende — verbunden mit den Änderungen im politischen und geistigen Weltbild — vor allem in der Außenwirtschaftspolitik fast aller Staaten, aber auch auf vielen innerwirtschaftspolitischen Gebieten praktisch eine Absage an die Politik des ‚Laissez-faire‘ bedeutete. Zwar wurden die kriegswirtschaftlich bedingten Maßnahmen allmählich aufgehoben, zwar bemühte man sich, an der liberalen Grundauffassung festzuhalten, doch war an eine Rückkehr zu den liberalen Prinzipien in der alten Form nicht mehr zu denken. Eucken bezeichnet die nun folgende Wirtschaftspolitik als die ‚Wirtschaftspolitik der Experimente‘²⁰⁾.

Der Erste Weltkrieg brachte den Beweis, daß die alte Wirtschaftsordnung den Ansprüchen der Kriegführung nicht mehr genügen konnte. Die freie Entwicklung der Wirtschaft im Zeitalter des Liberalismus schlug in eine vielseitige Bindung an den Staat um. Der Staat sah sich durch die veränderten Bedingungen gezwungen, im öffentlichen Interesse regelnd in die Wirtschaft einzugreifen, um die Kluft zwischen dem durch den Krieg stark gestiegenen Staatsbedarf und den Deckungsgrundlagen zu überbrücken. Die Grenzen zwischen Krieg und Frieden, Staat und Wirtschaft, die früher scharf und eindeutig gezogen waren, wurden verwischt.

¹⁸⁾ Bogart, E. L., a. a. O. S. 36.

¹⁹⁾ Hunziker, A.: Über die Steuer als Mittel der Kriegsfinanzierung unter Berücksichtigung der schweizerischen Verhältnisse, Bern 1941, S. 10.

²⁰⁾ Eucken, W., Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Tübingen 1952, S. 55 f.

Zweiter Abschnitt

Intensivierung der wirtschaftlichen Mobilmachungs vorbereitungen nach dem Ersten Weltkrieg

Nach dem Ersten Weltkrieg machte sich bei allen Völkern ein übermächtiges Verlangen nach Maßnahmen zur Verhinderung von Kriegen und Sicherung des Friedens bemerkbar, dem durch eine allgemeine Abrüstung entsprochen werden sollte. Um die Abrüstung zu verwirklichen, fanden — vornehmlich im Rahmen des Völkerbundes — verschiedene Abrüstungskonferenzen statt, die jedoch nach jahrelangen Verhandlungen scheiterten. Nach dem Scheitern der Abrüstungsverhandlungen wurde aus dem Abrüstungsproblem das Aufrüstungsproblem. Im Zusammenhang damit gingen die Großmächte daran, ihre wirtschaftliche Mobilmachung zu reorganisieren und zu intensivieren.

In den **VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA** hatten sich seit Kriegsende verschiedene Ausschüsse des Kongresses mit Fragen der Kriegswirtschaft beschäftigt. Nach einer Periode der Einzeluntersuchungen und der Ausarbeitung von Richtlinien wurde erstmalig im Jahre 1933 ein umfassender Plan zur Vorbereitung der Wirtschaftsplanung im Falle eines Krieges veröffentlicht. Im Herbst 1936 gab das Kriegsunterstaatssekretariat gemeinsam mit dem Marineministerium eine Neubearbeitung dieses Planes, den 'Industrial Mobilisation Plan', heraus. Dieser für die wirtschaftlichen Mobilmachungs vorbereitungen maßgebliche Plan enthielt eine allgemeine Darstellung des militärischen Beschaffungswesens unter kriegsmäßigen Bedingungen und gab einen Grundriß der für den Kriegsfall vorgesehenen wirtschaftlichen Behördenorganisation. Er schloß mit einer Reihe von Gesetzesvorschlägen, die mit der Mobilmachung in Kraft treten sollten.

Das Kernstück des Planes war der Teil über die Vorbereitung der Industrie auf die kriegsmäßige Deckung des Bedarfs der Streitkräfte. Die Maßnahmen für die Vorbereitung der Beschaffung militärischer Bedarfsgegenstände im Falle eines Krieges lassen sich in drei Abschnitte gliedern:

1. statistische Erfassung des Bedarfs an Waffen, Ausrüstungsgegenständen und sonstigem Kriegsmaterial,
2. statistische Erfassung der industriellen Produktionskapazität für Kriegsmaterial,
3. organisatorische und technische Vorbereitung der Anpassung und Umstellung der Zivilindustrie auf Kriegsproduktion.

In Durchführung des Planes wurden bereits im Frieden für die Herstellung von Kriegsmaterial geeignete Betriebe der Zivilindustrie ausgewählt und als 'Rüstungsreservebetriebe' auf den Kriegseinsatz vorbereitet.

Auch **FRANKREICH** hatte aus dem Kriege gelernt, daß nicht allein die Wehrmacht, sondern auch die Wirtschaft, die zu einem entscheidenden Element der Landesverteidigung geworden war, auf einen etwaigen Krieg vorbereitet werden muß.

Verantwortlich für die wirtschaftlichen Kriegsvorsorgemaßnahmen war der ‚Vertheidigungsrat‘ (Conseil supérieur de la Défense Nationale), der sich zur Durchführung seiner Aufgaben verschiedener Kommissionen und Ausschüsse bediente. Die gesetzliche Grundlage für den Einsatz der gesamten Wirtschaft im Falle eines Krieges bildete das ‚Gesetz über die allgemeine Organisation der Nation für den Krieg‘ (Loi sur l'organisation générale de la nation pour le temps de guerre), auch ‚Lex Paul-Boncour‘ genannt.

Die durch den Krieg erzwungene Ausweitung der Industrie wurde auch nach Friedensschluß in jeder Weise gefördert. Zur Verbesserung der Produktionsmethoden wurden besondere Studienausschüsse eingesetzt. Wie sehr die französische Regierung bemüht war, die Anlaufzeit der Industrie bei Ausbruch eines Krieges zu verkürzen, beweist ein am 1. August 1930 erlassenes Gesetz²¹⁾, wonach die jeweils zuständigen Ministerien befugt waren, mit den für die Herstellung von Kriegsmaterial geeigneten Werken Vereinbarungen über die Durchführung technischer Studien und Versuche sowie über die Einrichtung gewisser Spezialmaschinen zu treffen. Die dabei entstehenden Kosten trug der Staat.

Das Hauptanliegen der französischen Regierung auf dem wehrwirtschaftlichen Sektor war die Leistungssteigerung der eigentlichen Rüstungsindustrie. Im Rahmen der diesbezüglichen Bemühungen wurde besonderer Wert auf die Rationalisierung der Rüstungsproduktion durch Typisierung und Normung der Rüstungsgüter, ferner auf eine ausreichende Subventionierung der Rüstungsindustrie gelegt. Die Subventionierung der französischen Rüstungsindustrie erfolgte teils durch langfristige Aufträge, teils durch unmittelbare Investitionen mit dem Zweck, die technischen Einrichtungen zu modernisieren.

Der Erfolg aller dieser Bemühungen blieb auch nicht aus, denn die Kapazität der französischen Rüstungsindustrie überstieg schließlich bei weitem den Bedarf der französischen Streitkräfte im Frieden sowie den Bedarf für die Reservehaltung für den Kriegsfall und gab Frankreich die Möglichkeit, seine Bundesgenossen in der damaligen ‚Kleinen Entente‘ jederzeit mit Rüstungsmaterial zu versorgen. Durch den Export von Rüstungsmaterial konnte Frankreich die Überkapazität seiner Rüstungsindustrie ohne wesentliche Mehrkosten aufrecht erhalten. -

²¹⁾ Journal Officiel vom 2. August 1930.

Nach Beendigung des Ersten Weltkrieges blieb für **GROSSBRITANNIEN** das Problem der Vorbereitung einer umfassenden wirtschaftlichen Mobilmachung, von einigen wehrwirtschaftlich bedeutungsvollen wirtschafts- und handelspolitischen Maßnahmen abgesehen, zunächst ungelöst. Das lag wohl in erster Linie daran, daß nach dem Ende des Ersten Weltkrieges in Großbritannien allgemein die Auffassung vorherrschte, es könne nunmehr mit einer längeren Periode friedlicher Entwicklung gerechnet werden. Die politischen Ereignisse um die Mitte der dreißiger Jahre verursachten jedoch eine Revision dieser Meinung. Die unmittelbare Folge war die Aufstellung eines umfassenden Verteidigungsplanes, der neben einer erheblichen Vermehrung der Streitkräfte auch die Mobilisierung aller wirtschaftlichen Kräfte des Landes vorsah.

Die Intensivierung der Verteidigungsmaßnahmen begann mit wichtigen Änderungen im Aufbau und in den Aufgaben der Spitzenorgane der Landesverteidigung. Die für die wirtschaftliche Landesverteidigung bedeutungsvollste Änderung war die Einsetzung eines ‚Minister of the Coordination of Defence‘, der die Aufgabe erhielt, alle politischen, militärischen und wirtschaftlichen Verteidigungsmaßnahmen zu koordinieren und besonders die rüstungs- und verteidigungswirtschaftlichen Ansprüche der drei Wehrmachtteile untereinander und mit der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft in Einklang zu bringen.

Die mit außerordentlichem Schwung in Angriff genommene Neuordnung der wirtschaftlichen Landesverteidigung wurde der Öffentlichkeit zwar nicht in allen Einzelheiten, so doch in großen Zügen durch das ‚Weißbuch‘ vom 3. März 1936²²⁾ bekanntgegeben, dem am 16. Februar 1937 ein weiteres Weißbuch²³⁾ folgte.

Im Gegensatz zum Weltkrieg — so heißt es im Abschnitt 49 des Weißbuches vom 3. März 1936 — in welchem das Land mangels ausreichender wehrwirtschaftlicher Vorbereitungen zu Improvisationen und zum Einsatz der letzten Reserven gezwungen gewesen sei, um den Krieg zu gewinnen, habe jetzt die Regierung besondere Vollmachten erhalten, um die im Falle eines Krieges notwendig werdende vollständige Überwachung der Industrie und ihre Lenkung in die Kriegsproduktion sicherzustellen. Dazu bedürfe es einer sorgfältigen Organisation.

Von besonderer Bedeutung waren die Artikel 51 und 52. Im Laufe der Untersuchungen des Rüstungsproblems sei — so wird hier ausgeführt — bald erkannt worden, daß trotz Vergrößerung der Produktionsanlagen weder die Produktion der staatlichen Rüstungsbetriebe noch die der privaten Rüstungsfirmen ausreichen werde, um den Anforderungen eines zukünftigen Krieges zu genügen.

²²⁾ Command Papers — Presented to Parliament by Command of His Majesty — Nr. 5107.

²³⁾ Command Papers, Nr. 5374.

Daher habe sich die Regierung entschlossen, Privatfirmen, die sich normalerweise nicht mit der Produktion von Kriegsmaterial beschäftigen, aber für eine schnelle Umstellung von Friedens- auf Kriegsproduktion geeignet erscheinen, in das wehrwirtschaftliche Programm einzubeziehen. „Das in Betracht gezogene Verfahren“ — so heißt es in dem wichtigsten Abschnitt (54) — „besteht darin, eine Anzahl von Firmen auszusuchen, die normalerweise kein Kriegsmaterial herstellen, aber für diesen Zweck geeignet sind... Mit solchen Firmen sind Vereinbarungen getroffen worden, wonach sie sich die notwendigen... Maschinen für eine gewisse Produktionsmenge eines bestimmten Rüstungsgutes anschaffen. Diesen Unternehmungen wird bereits in Friedenszeiten eine gewisse Auftragsmenge zugesichert, die es ihnen gestattet, sich in den Aufgaben und Besonderheiten der betreffenden Produktion die notwendige Übung zu verschaffen... Hauptgrundsatz soll sein, daß jedes ausgewählte Unternehmen, das sein normales Friedensgeschäft aufrechterhalten und weiterentwickeln soll, sich einverstanden erklärt, zusätzlich seine Organisation und seinen Geschäftsaufbau durch die Herstellung von Waffen und Munition zu erweitern und somit eine Reserveversorgungsquelle zu schaffen.“²⁴⁾

Diese auf Planung hinzielende Mobilisierung der Privatindustrie in rüstungsindustrielle ‚Schattenindustrien‘ (shadow-industries) bedeutete für die nicht sehr verbands- und organisationsfreundliche britische Wirtschaft einen einschneidenden Eingriff, dem sie sich aber im Interesse der Landesverteidigung, getreu dem von Adam Smith geprägten Satz: ‚Defence is more important than opulence‘ unterwarf.

Auch das **DEUTSCHE REICH** hatte aus den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges gelernt. Es waren beachtliche Vorräte an kriegswichtigen Rohstoffen angelegt und neue Rohstoffindustrien aufgebaut worden (2. Vierjahresplan von 1936). Die deutsche Industrie verfügte über moderne Anlagen; ihre Leistungen wiesen einen sehr hohen Stand auf.

Die deutschen kriegswirtschaftlichen Vorbereitungen bestanden aus einer Vielzahl von Einzelmaßnahmen, wobei nach Teilplänen verfahren wurde, denen aber die Grundlage, nämlich ein auf seine Durchführbarkeit geprüfter Gesamtplan, wie ihn die USA und Großbritannien besaßen, fehlte und die damit auch der Systematik entbehrten. Die in den meisten Fällen von den verschiedensten Stellen unabhängig voneinander ausgearbeiteten und durchgeführten Einzelmaßnahmen und Einzelpläne waren nicht oder nur unzureichend aufeinander abgestimmt. Die Wirtschaft ist aber ein Ganzes und muß daher auch als Ganzes auf ihre kriegswirtschaftliche Aufgabe vorbereitet werden. Dabei kann natür-

²⁴⁾ Zitiert bei Rothe, C.: Art. Großbritannien, in: Kriegswirtschaftliche Jahresberichte 1937, Hamburg 1937, S. 99.

lich nicht auf Teilpläne verzichtet werden, doch müssen diese Bestandteile des Gesamtplanes sein. W e l t e r weist darauf hin, daß Teilplanungen dilettantisch bleiben, wenn sie nicht in eine Gesamtübersicht, in einen Gesamtplan, eingebettet sind.²⁵⁾

Die Systemlosigkeit in der Planung lag vor allem daran, daß es in Deutschland keine ausschließlich mit der Vorbereitung aller Maßnahmen für einen Kriegseinsatz der gesamten Wirtschaft betraute Spitzenorganisation gab. Die wirtschaftliche Landesverteidigung war in zwei voneinander unabhängige Teile gespalten, und zwar in einen der Wehrmacht unterstehenden Rüstungssektor und in einen dem Reichswirtschaftsministerium unterstehenden zivilen Sektor. Nun ist die Teilung in einen Rüstungssektor und in einen zivilen Sektor keineswegs verfehlt, wenn beide Sektoren eine gemeinsame Spitzenorganisation haben, von der aus ein Gesamtüberblick gewonnen werden kann und die es vor allem möglich macht, die einzelnen Maßnahmen aufeinander abzustimmen. Ohne eine solche Organisation ist jedoch jeder Lenkungsapparat unvollständig. Wie gesagt, fehlte in Deutschland aber diese Spitze. Zwar wurde der Reichswirtschaftsminister im Frühjahr 1938 zum ‚Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft‘ im Kriegsfall bestellt — was als ein Versuch angesehen werden kann, den beiden Sektoren eine gemeinsame Spitze zu geben — und in dieser Eigenschaft auch mit der Vorbereitung der wirtschaftlichen Mobilmachung betraut, doch konzentrierte sich diese zu sehr auf formale Angelegenheiten, so daß wesentliche, das System ändernde Ergebnisse nicht erzielt wurden. Bereits im Dezember 1939 waren die Kompetenzen des Generalbevollmächtigten praktisch erloschen.

Die vielen Schwierigkeiten, mit denen die deutsche Wirtschaft dann im Zweiten Weltkrieg zu kämpfen hatte, waren nicht zuletzt eine Folge des im Frieden versäumten Aufbaus einer Spitzenorganisation. „Der mangelnde Gesamtüberblick führte in den ersten Kriegsjahren zu einer Verkennung unserer wirtschaftlichen Kräfte und damit zu entscheidenden Fehlern in der Gesamtkonzeption unserer Kriegführung.“²⁶⁾

Wesentlich besser vorbereitet als die Industriegewirtschaft war die Ernährungswirtschaft. Für diese gab es einen Gesamtplan und auch eine Spitzenorganisation. Die Vorbereitungen waren darauf abgestellt, auch bei einem Krieg von längerer Dauer die Ernährung gesichert zu wissen, was die im Zusammenhang mit der ‚Erzeugungsschlacht‘ getroffenen Maßnahmen zur Leistungssteigerung und die umfangreiche Reservebildung an Grundnahrungsmitteln beweisen.

²⁵⁾ Welter, E.: Falsch und richtig planen. Eine kritische Studie über die deutsche Wirtschaftslenkung im Zweiten Weltkrieg, Heidelberg 1953, S. 70.

²⁶⁾ Kehrl, H.: Kriegswirtschaft und Rüstungsindustrie, in: Bilanz des Zweiten Weltkrieges, Oldenburg und Hamburg 1953, S. 275.

Dritter Abschnitt

Die deutsche Kriegswirtschaft im Zweiten Weltkrieg

Im Zweiten Weltkrieg zeigte sich noch deutlicher als im Ersten Weltkrieg die entscheidende Bedeutung der Wirtschaft für die moderne Kriegführung. Im Ersten Weltkrieg war infolge des plötzlichen Überganges von der Epoche der partiellen Kriege zur Epoche der totalen Kriege eine gewaltige Kluft zwischen Bedarf und Deckungsmöglichkeiten entstanden. Um diese Kluft einigermaßen überbrücken zu können, hatte sich der Staat gezwungen gesehen, mit immer schärferen Lenkungsmaßnahmen in das Wirtschaftsleben einzugreifen. Diese Maßnahmen stellten infolge der im Frieden versäumten Vorbereitungen eine Kette von Improvisationen dar, behaftet mit allen Mängeln, die Improvisationen eigen sind. An die Stelle einer improvisierten Kriegswirtschaft trat im Zweiten Weltkrieg nunmehr eine planmäßig auf den Kriegseinsatz vorbereitete Wirtschaft. Zahlreiche Institutionen und Organisationen befaßten sich mit den Aufgaben, die sich aus den Beziehungen zwischen Kriegführung und Wirtschaft ergaben. Aus dem kriegsbedingten Zwang staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft hatte sich die staatliche Zwangswirtschaft entwickelt.

In noch weitaus größerem Maße als der Erste Weltkrieg verlangte der Zweite Weltkrieg den totalen Einsatz aller wirtschaftlichen Kräfte. Es gab kein Gebiet mehr, das hiervon ausgenommen war. Darüber hinaus aber hatte die kriegsentscheidende Stellung der Wirtschaft zur Folge, daß sie — auch ein besonderes Merkmal des totalen Krieges — zu einem Hauptangriffsziel des Feindes wurde, denn mit der Schwächung der wirtschaftlichen Wehrkraft des Gegners verringerten sich seine Erfolgsaussichten. Der Kampf um die Kräfte und Objekte der Wirtschaft wurde mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln geführt.

Das **DEUTSCHE REICH** war zu Beginn des Krieges sowohl hinsichtlich der Ausrüstung der Wehrmacht mit modernstem Kriegsmaterial als auch in bezug auf den Stand seiner Rüstungsindustrie seinen damaligen Gegnern weit überlegen. Deutschland hatte zwar nicht so stark gerüstet, wie allgemein angenommen wurde, doch — gemessen an dem Rüstungsstand seiner anfänglichen Gegner, die vielfach über seit Jahren angesammeltes, veraltetes Material verfügten — genug, um in einem Krieg von kurzer Dauer die besten Erfolgsaussichten zu haben. Auf einen langen Krieg war das Deutsche Reich — von der Ernährungswirtschaft abgesehen — jedoch nicht vorbereitet. Die rüstungsmäßige Überlegenheit war folglich so lange gegeben, wie nicht stärkere Gegner in den Kampf eintraten und die „Auseinandersetzung sich nicht auf ein ‚Ausproduzieren‘ auf dem Gebiete der Massenproduktion verlagerte“.²⁷⁾ Mit der Kürze des

²⁷⁾ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Die deutsche Industrie im Kriege 1939—1945, Berlin 1954, S. 24.

Krieges stand und fiel die deutsche Überlegenheit, nicht anders wie vorher im Ersten Weltkrieg.

Die strategische Absicht der deutschen Führung bestand denn auch darin, durch eine Reihe getrennter, blitzschnell durchgeführter Vorstöße eine rasche Entscheidung herbeizuführen. Die deutsche Führung rechnete nicht damit, einen langen Krieg gegen eine Koalition der Großmächte der Erde führen zu müssen.

Die erste Phase des Krieges verlief planmäßig. Sie endete mit einem absoluten Sieg über alle damaligen Gegner — mit Ausnahme von Großbritannien — innerhalb einer sehr kurzen Zeit und ohne große Verluste an Menschen und Material. Die anfänglichen großen militärischen Erfolge führten nun aber zu einer Vernachlässigung der kriegswirtschaftlichen Anstrengungen. Man glaubte auf die Totalisierung des Krieges verzichten und mit einer ‚friedensähnlichen Kriegswirtschaft‘ auskommen zu können. Das Zurückweichen vor der Totalisierung des Krieges kam insbesondere in dem Verzicht auf eine mit umfassenden Befugnissen ausgestattete kriegswirtschaftliche Spitzenorganisation sowie in dem Verzicht auf die Realisierung einer rigorosen Kriegswirtschaft mit schärfster Begrenzung des Verbrauchs und der Einkommen zum Ausdruck. Vor allem aber — und das hatte verhängnisvolle Folgen — hielt man es nicht für notwendig, die Rüstungsproduktion mit allen Mitteln zu steigern.

Der Feldzug gegen die Sowjetunion wurde in dem festen Glauben begonnen, daß dieser den gleichen Verlauf nehmen werde wie die vorhergehenden Feldzüge. Rußland sollte in drei bis vier Monaten niedergeworfen werden. In der Tat verliefen die ersten Monate dieses Feldzuges planmäßig, was die deutsche Führung veranlaßte, die ‚friedensähnliche Kriegswirtschaft‘ beizubehalten.

Der Verlauf des Winterfeldzuges 1941/42 und vor allem der Eintritt der Vereinigten Staaten von Amerika in den Krieg ließen dann aber die deutsche Führung erkennen, daß nunmehr das eingetreten war, womit sie bisher nicht gerechnet hatte, nämlich mit einem Krieg gegen die drei größten Mächte der Erde, dessen Dauer nicht abzusehen war. Jetzt endlich entschloß sich die deutsche Führung zur äußersten wirtschaftlichen Kraftanstrengung. Trotz dieses Entschlusses zur ‚äußersten‘ Kraftanstrengung schritt man, verglichen mit den anderen kriegführenden Staaten, noch immer nicht zu einer wirklich totalen Mobilisierung aller wirtschaftlichen Kräfte.

Im Februar 1942 wurde Speer zum Rüstungsminister ernannt und mit sehr weitgehenden Befugnissen ausgestattet. Obwohl — wie gesagt — auch jetzt von einer totalen Mobilisierung aller wirtschaftlichen Kräfte noch nicht die Rede sein konnte, begann mit der Ernennung von Speer ein neuer Abschnitt für die deutsche Kriegsindustrie, und zwar ihr eigentlicher Aufschwung. Speer ging unverzüglich daran, die Rüstungsindustrie zu rationalisieren. Die Konstruktionen wurden vereinfacht, eine weitgehende Standardisierung und Typisierung

durchgeführt, die Produktion am günstigsten Platz konzentriert, Patente und geheime Herstellungsverfahren ausgetauscht, die beste Herstellungsmethode für jedes einzelne Produkt in der gesamten Industrie eingeführt usw. Von besonderer Bedeutung aber war, daß mit Speer und seinem Ministerium der deutschen Kriegswirtschaft — jedenfalls was die gewerbliche Wirtschaft betrifft — nun endlich die Spitzenorganisation gegeben wurde. Das bis dahin herrschende organisatorische Chaos konnte in der Folgezeit zwar nicht völlig beseitigt, aber doch erheblich gemildert werden.

In der Zeit von 1942 bis Mitte 1944 stieg dann auch die deutsche Rüstungs-
endfertigung um das Dreifache, gegenüber Anfang 1941 sogar um das Fünffache.²⁸⁾ „Ein Übergang von der handwerklichen Einzelfertigung zur industriellen Massenproduktion wurde durch die Synthese planwirtschaftlicher Lenkung und individueller Initiative gefunden.“²⁹⁾ In dem Bericht der Overall Economic Effects Division (US) vom 30. September 1945 heißt es: „Es besteht kein Zweifel, daß man Speer und seinen Mitarbeitern bedeutende Erfolge zuerkennen muß.“³⁰⁾

Mitte 1944 trat dann wieder ein Umschwung ein, aber diesmal zum Abstieg. Die Gründe hierfür sind bekannt: Verlust des größten Teiles der besetzten Gebiete in der zweiten Hälfte des Jahres 1944 und damit Wegfall wichtiger Rohstoffquellen und Fertigungsstätten, ferner — ebenfalls ab Mitte 1944 — pausenlose schwerste Luftangriffe auf die kriegswichtigen Betriebe und die Verkehrsanlagen. Dann kam — ab Ende Januar 1945 — der Verlust bzw. die Lahmlegung der Industriegebiete und schließlich mit der Besetzung von ganz Deutschland der Zusammenbruch.

Auf die Frage, ob das Deutsche Reich Aussicht gehabt hätte, den Krieg zu gewinnen, wenn es nicht bis zum Ende des Jahres 1941 die ‚friedensähnliche Kriegswirtschaft‘ beibehalten, sondern rechtzeitig seine Rüstungsproduktion mit allen Mitteln gesteigert, ja seine gesamte Wirtschaft frühzeitig den Erfordernissen des totalen Krieges angepaßt hätte, gibt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung die Antwort: „... auch eine frühere (und noch intensivere) Steigerung der Rüstung hätte letzten Endes keine Chance bedeutet. Man hat berechnet,³¹⁾ daß ohne den verschärften Luftkrieg die deutsche Rüstungs-
endfertigung gegenüber ihrem Maximum im Sommer 1944 nochmals um 20 bis 30%

²⁸⁾ Die deutsche Industrie im Kriege 1939—1945, a. a. O. S. 67.

²⁹⁾ Ebenda, S. 124.

³⁰⁾ The German War Economy, Bericht der Overall Economic Effects Division vom 30. September 1945, S. 153.

³¹⁾ Gemeint sind die Berechnungen von Kaldor. (Kaldor, N.: The German War Economy, Manchester 1946).

hätte gesteigert werden können. Dann aber wäre die Rüstung an die zu enge Rohstoffdecke gestoßen — ein Engpaß, der dann notwendigerweise eine Grenze gezogen hätte. Denn die voraussehbaren Fortschritte der Feindmächte waren so groß, daß der Rückstand Deutschlands auch bei Weiterführung des Produktionsanstieges immer größer geworden wäre . . . Es gab keine Chance, diesen Krieg der Fabriken wirtschaftlich zu gewinnen. Deutschland wurde faktisch vor allem durch den Luftkrieg und die Gebietsverluste wirtschaftlich entscheidend geschwächt; wären diese Faktoren nicht so intensiv wirksam geworden, hätte auf die Dauer die Überlegenheit der Gegenseite an Menschen, Rohstoffen und Kapazitäten den Ausschlag geben müssen.³²⁾

Nach Schwerin von Krosigk haben die gesamten Ausgaben des Deutschen Reiches von Beginn des Krieges bis zum Kriegsende rund 670 Milliarden Reichsmark betragen, die zu 33% durch Steuern und sonstige ordentliche Einnahmen, zu 12% durch Beiträge des Auslandes (Besatzungskosten, Matrikular- und Kriegskostenbeiträge) und zu 55% durch Schuldenaufnahme gedeckt wurden.³³⁾ Die Ausgaben für die Wehrmacht und die eigentliche Kriegführung bezifferten sich nach Lanter auf 407,5 Milliarden Reichsmark, die zu 19,2% durch Steuern, zu 20,6% durch Besatzungskosten, Matrikular- und Kriegskostenbeiträge und zu 60,2% durch Schuldenaufnahme gedeckt wurden.³⁴⁾

³²⁾ Die deutsche Industrie im Kriege 1939—1945, a. a. O. S. 127/128.

³³⁾ Schwerin von Krosigk, L.: Wie wurde der Zweite Weltkrieg finanziert? in: Bilanz des Zweiten Weltkrieges, Oldenburg und Hamburg 1953, S. 322.

³⁴⁾ Lanter, M.: Die Finanzierung des Krieges, Zürcher Dissertation, erschienen im Verlag Eugen Haag, Luzern 1950, S. 157.

LEBENS LAUF

Ich wurde am 29. Dezember 1917 in Hoheneiche (Kreis Eschwege) als Sohn des Postinspektors Karl Fernau und seiner Ehefrau Rosa geb. Polster geboren.

Von 1924 bis 1928 besuchte ich die Volksschule und ab 1928 das Realgymnasium zu Hofgeismar/Hessen. Am 16. März 1937 bestand ich dort das Abitur.

Am 4. November 1937 trat ich als Fahnenjunker in das Infanterie-Regiment 15 (mot.) Kassel ein. Von November 1938 bis August 1939 besuchte ich die Kriegsschule Dresden. Am 21. August 1939 wurde ich zum Offizier befördert.

Im Verlauf des zweiten Weltkrieges nahm ich an den Feldzügen gegen Polen, Frankreich und die Sowjetunion teil, zuletzt als Kommandeur eines Panzergrenadier-Bataillons.

Im Wintersemester 1949/50 begann ich mit dem Studium der Staats- und Wirtschaftswissenschaften. Ich studierte zunächst an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Bamberg und ab Sommersemester 1950 an der Universität Erlangen, wo ich am 2. Juni 1953 das Diplom-Examen ablegte. Am 29. November 1955 promovierte ich an der Universität Erlangen zum Doktor der Staatswissenschaften.



A. ROSSBACH ESCHWEGE